

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bezugspreis:**  
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3. — Reichsmark voraus zahlbar. In der Streitband im In- und Auslande 5,50 Reichsmark pro Monat.  
Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.  
Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

**Anzeigenpreise:**  
Die einseitige Nonpareil-Zeile 20 Pfennig, Restzeile 5. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das Fortgedruckte Wort 25 Pfennig (auflage 1000), jedes weitere Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 13 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentäglich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 8. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Bankkontos: Berlin 87 124 — Postkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Bank Nr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Postkontokonto: Berlin 2.

# Antwort an den Reichsverkehrsminister

## Eine Rede des Ministerpräsidenten Genossen Braun.

Hamburg, 7. September. (Eigenbericht.)  
An einer von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Riefenfundgebung zur Eröffnung des Gemeindevahlkampfes in Altona, an der etwa 6000 bis 7000 Personen teilnahmen, sprach Ministerpräsident Otto Braun über das Thema: Staatsgedanke und Gemeindepolitik, wobei er auch auf die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden einging und die Gelegenheit benutzte, auf die Angriffe, die kürzlich der deutsch-nationale Reichsverkehrsminister Dr. Koch gegen ihn gerichtet hatte, zu antworten. Ministerpräsident Braun unterstrich zunächst seine schon früher abgegebene Erklärung nachdrücklich, daß die Eingemengungen an der Unterelbe keine Kompromißmaßnahmen gegen Hamburg seien. Preisgeben habe den ersten Willen, dieses wirtschaftlich und kommunalpolitisch wichtige Gebiet im Einklang mit Hamburg zu verwalten, und er glaube, daß es demnächst gelingen werde, durch freundschaftliche Verhandlungen mit Hamburg zu einem befriedigenden Zusammenarbeiten zu kommen. Im alten Preußen sei nicht mit Unrecht über zu weitgehende Beschränkungen der Selbstverwaltung geklagt worden. Er persönlich sei ein Gegner der Abschneidung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Es sei auch nicht zu verkennen, daß sich gegen früher vieles verbessert habe. Weiter führte der Minister aus:

Farben Schwarzweißrot eine gerade heute lebendige und in die Zukunft weisende Mahnung, so muß ich daraus entnehmen,

daß Herr Koch und seine Parteifreunde die verfassungsmäßigen Reichsjahnen wohl achten wollen, das aber am würdigsten durchzuführen glauben, indem sie sie in die Tasche stecken und ihre Schwarzweißrote Parteifahne offen im Winde flattern lassen, wenn sie auf den republikanischen Richtlinien des Herrn Reichsanwaltlers Marx ihrem in die Zukunft weisenden Ziel, der Monarchie, entgegenstreiten.

Herr Minister Koch irrt auch, wenn er meint, ich wolle den Staatsbürger zwingen, die verfassungsmäßige Reichsflagge zu zeigen. O nein! Ich halte es nur mit meiner Würde und mit meiner Stellung als republikanischer Minister nicht für vereinbar, ein Haus zu betreten, in dem man die nationale Würde, Laibigkeit so weit treibt, am Nationalfeiertag eines fremden Landes dessen Nationalflagge zu hissen, hingegen es ablehnt, am deutschen Verfassungstage die Reichsjahnen zu zeigen, wie ich auch Veranlassungen fernbleibe, wo man glaubt, mir die schwarzweißrote Parteifahne der Deutschen Nationalen in provozierender Weise unter die Nase halten zu müssen. Auch der Hinweis darauf, daß während des Krieges Millionen deutscher Männer für die Farben Schwarzweißrot gestorben seien, kann meine Stellung nicht beeinflussen, denn dieser Hinweis ist irreführend.

Die Millionen deutscher Krieger kämpften und starben für Volk und Vaterland und nicht für die Embleme der Monarchie, deren letzte Träger sie eben im Stiche ließen.

Man lasse die Laten ruhen und vernehme nicht, mit ihrem Ansehen die politische Parteilagitation gegen den heutigen Staat und seine Flagge zu beleben.

Zu den Toten gehört auch die schwarzweißrote Fahne des letzten deutschen Kaiserreiches. Die überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes sieht in den Farben Schwarzrotgold, um mit Herrn Minister Koch zu reden, eine gerade heute lebendige und in die Zukunft weisende Mahnung, eine Mahnung, keine Geschichte, die es in die eigene Hand genommen hat, nie wieder, wie in der Monarchie, dem Zufall der Geburt auszuliefern.

Aber Herr Reichsminister Koch kann auch humoristisch sein. So hat er in Stalin auch die Behauptung aufgestellt, für die Deutschen Nationalen hätte die Staatsidee immer höher gestanden als ihre Parteiorganisation. Freilich, für die alten Konservativen war Staatsidee und ihre Parteiorganisation eins. Eine Partei, die stets das Staatsinteresse ihrem Parteinteresse untergeordnet und den traffesten Egoismus einer Rasse in den Vordergrund ihrer Politik gestellt hat, sollte den Staatsgedanken aus dem Spiele lassen. Er war ihr stets nur Vorwand zur rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Parteiziele.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten Genossen Braun wurden von der zu Tausenden erschienenen Menge mit jubelndem Beifall aufgenommen. Als Braun das Versammlungsfeld verließ, brachte ihm die Menge bis zu seinem Quartier begeisterte Ovationen dar.

# Von Ketteler zu Stegerwald.

## Blick über den Dortmunder Katholikentag.

Von Georg Beyer.

Am zweiten Tage des 66. Deutschen Katholikentages gab es eine Szene von symbolischer Bedeutung. An die Rednertribüne traten nacheinander zwei katholische Führer im geistlichen Gewande, und während ihre Worte durch Lautsprecher zu 15 000 Menschen in der riesigen Westfalenhalle getragen wurden, erblickte sich die gegenwärtige Situation des Katholizismus in einem Maße, wie sie besser durch tausend Reden und Unterführungen nicht geklärt werden konnte. Der eine der Sprecher, der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, vertrat den katholischen Machtgedanken dominikanischen Gepräges. Mit kalter, schneidender Stimme verbreitete er sich über das Problem „Kapital und Arbeit“ in hebeleser-dogmatischer Weise, ohne Sinn für Massenpsychologie, ohne Blick für die neuere Richtung katholischer Sozialökonomie, die den lebendigen Menschen der unerbittlichen Apparatur des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln gegenüberstellt. Nach ihm aber redete der großstädtische Sozialpriester Dr. Sonnen-schein zu den Massen über katholische Caritas. Auf einmal fielen die Schranken der Selbstgerechtigkeit. Ein milder Mensch zeigte, während die warm gewordenen Massen ihm zuzubekamen, den franziskanischen Liebesgedanken des Katholizismus aus weit geöffnetem Herzen. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß der Gegensatz zwischen dem Problem Seipel und dem Problem Sonnen-schein die ganze Krise des Katholizismus und seine Problematik verdeutlicht.

Wie wundervoll die Regie dieses Katholikentages! Man spürte nicht einmal das Räderwerk. Wie brausen die Beifalls-togen jedem prominenten Teilnehmer, jedem Redner entgegen, wenn er nur auf der Tribüne erschien! Dabei war alles aufs sorgfältigste vorbereitet. Jede rethorische Wendung war vorher gedruckt, und man konnte sich, wenn man wollte, den ganzen Katholikentag schwarz auf weiß schon am ersten Tage für 120 M. erwerben. Aber es wäre ungerecht und würde zu gänzlich falschen Schlüssen führen, wenn man von kühl überlegter Mache spräche. Diese Katholikentage haben ihre Stimmungen in der Welt des Gefühls, die die Zweifelsfragen der Gegenwart mit weichen Polstern umgibt. Hier ist man voller Andacht, voller Autoritätsglauben, voller Unterordnung, und wer womöglich daheim schon manchmal die Faust in der Tasche ballte, um sie gelegentlich einem Abgeordneten oder einem Minister entgegenzuhalten — auf solch einem Katholikentage öffnet sie sich beinahe automatisch zum winkenden Gruß, zur Huldigung vor katholischen Männern. In einer solchen Atmosphäre muß man begreifen, warum ein Wort des Reichsanwaltlers, daß die Bischöfe zu befehlen und „wir“ alle zu gehorchen hätten, zu leidenschaftlich emporbrandenden Beifallsstürmen führt und warum der Katholizismus an solchen Tagen der Repräsentation alle seine inneren Stürme spielend zu überwinden scheint.

Indes trägt dieser Schein auch hier. Es war im tiefsten Grunde ein Sorgen- und Kampfkatholikentag wie seit langem keiner zuvor. Die Wahl des fünfzigjährigen gestorbenen Mainzer Bischofs Ketteler zum Schirmherrn, die Ernennung Stegerwalds zum Präsidenten der Dortmunder Tagung verfolgten ganz deutlich das Ziel, die tiefe soziale Verzweiflung unter der katholischen Arbeiterenschaft durch eine wirk-same Geste zu beschwichtigen. Ihre beste Kritik bot Stegerwald selber, als er sagte, daß zum erstenmal ein aus der Arbeiterenschaft hervorgegangener Katholik Präsident des Katholikentages geworden sei. Im übrigen bot der Katholikentag zur Aufhellung der Haltung des Katholizismus in den grundlegenden Wirtschafts- und Sozialproblemen so gut wie nichts.

Nicht einer der Redner kam über allgemein gehaltene Mahnungen zur Einhaltung der christlichen Sittengesetze gegenüber Unternehmern wie Arbeitern wesentlich hinaus. Seipel sprach das Wort von der „Ueberschätzung der Arbeit“, das ihm nicht vergessen sein soll. Seine Ansicht, daß die schon vor der Arbeit bestehenden Naturgüter „Gottes-geschenke“ seien, warf die unbeantwortete Frage auf, wie sich dann Ausbeutung und Verklammerung von Menschen mit Hilfe dieser „Gottesgeschenke“ rechtfertigen lassen. Selbst auf der Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland der München-Bladbacher Richtung, wo sich die sozial fortschrittlichsten Elemente der Katholiken zusammen-fanden, lönte kein beherzter Schrei aus der Tiefe, meldete sich kein Bedrängter zum Wort. Wir hätten freilich den sehen mögen, der es gewagt hätte, vor diesem Kranz weltlicher und kirchlicher Autoritäten das Wort zur Diskussion zu er-biten.

Keiner sprach auch in den Versammlungen, die der Öffentlichkeit zugänglich waren, den Namen Balthus aus. Keiner von den bekannteren linksgerichteten Politikern des Zentrums war zugegen, weder Joos noch Dejjauer.

# Erstes Nachspiel zu Arensdorf.

## Die Entschädigungsansprüche der Eltern Tich's.

Frankfurt a. d. O., 7. September.

Heute vormittag begann vor dem hiesigen Landgericht die Verhandlung über die Entschädigungsansprüche wegen der Tötung des Reichsbannermitgliedes Karl Tich's durch den Wüstnersohn August Schmelzer. Nach kurzen Auseinandersetzungen zwischen dem Nebenkläger, dem Verteidiger und dem Vorsitzenden wurde die Verhandlung bis heute nachmittag verlagert, da ein Gerichtsbeschluss darüber gefaßt werden sollte, ob eine generelle Zeugenvernehmung oder eine Verurteilung des ganzen Prozesses bis zur Erledigung des Strafprozesses stattfinden sollte. Es handelt sich vor allem um die Frage, ob der Beflagte Schmelzer als geisteskrank anzusehen ist oder nicht. Auch der Gesichtspunkt einer Fahrlässigkeit des Baters wurde betont, der dem Sohn nicht die Möglichkeit genommen habe, das Gewehr aus der Wohnung zu holen. Man beschloß, zehn Zeugen zu vernahmen über die Möglichkeit einer fahrlässigen Aufbewahrung des Gewehrs und andere Einzelheiten. Die Entscheidung der Frage über den Geisteszustand Schmelzers fällt nicht die Ferienkammer, vielmehr wird man sich hiermit nach den Ferien entscheidend befassen. Der Beweisaufnahmetermin ist im Oktober oder November in Mündeberg.

# Protest gegen Presseunterdrückung.

## Gegen die Ausweisungen aus dem Memelgebiet.

Der Reichsverband der deutschen Presse veröffentlicht folgende Kundgebung: „Der Reichsverband der deutschen Presse erhebt vor aller Welt schärfsten Protest gegen die Ausweisung der reichsdeutschen Redakteure aus dem Memelgebiet. Diese Ausweisung stellt einen durch nichts begründeten Willkürakt dar, der sich — unter Bruch feierlicher Zusagen — nicht nur gegen die Pressefreiheit und gegen die große deutsche Mehrheit der Be-

völkerung des Memelgebietes richtet, sondern auch eine schwere Verletzung der internationalen Verpflichtungen Litauens bedeutet. Die deutsche Presse aller Parteien wünscht gute Beziehungen zwischen dem deutschen und dem litauischen Volke. Gerade auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Verfolgung der deutschen Presse des Memelgebietes deshalb aufs tiefste zu bedauern, weil sie geeignet ist, die deutsch-litauischen Beziehungen auf das schwerste zu gefährden. Die deutsche Reichsregierung ist, wie wir hören, bereits wegen der Ausweisung vorstellig geworden. Der Reichsverband der deutschen Presse spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die deutsche Regierung in ihren nachdrücklichen Vorstellungen nicht nachlasse, bis die Ausweisungen deutscher Redakteure rückgängig gemacht sind, die Freiheit der deutschen Presse im Memelgebiet wieder hergestellt und der Schaden, der den deutschen Zeitungen und Redakteuren aus den Unterdrückungsmaßnahmen der litauischen Behörde erwachsen ist, volle Wiedergutmachung gefunden hat.“

# Hilfe für die besetzten Gebiete.

## 10 Millionen für die Arbeitnehmer.

Aus dem 30-Millionen-Fonds des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete werden, wie der „Soz. PresseDienst“ erfährt, insgesamt 10 Millionen Mark an die Arbeitnehmer in den besetzten Gebieten verteilt. Die Verteilung erfolgt im Einklang mit den freien und christlichen Gewerkschaften nach den Vorschlägen ihrer Spitzenverbände. Die Mittel werden für karitative und Unterhaltungszwecke verwendet. Die übrigen 20 Millionen wurden bereits je zur Hälfte den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den Klein- und Mittelstandsbetrieben im Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft überwiesen.

Die österreichische Sozialdemokratie hat ihren diesjährigen ordentlichen Parteitag zum 29. Oktober und den folgenden Tagen nach Wien einzuberufen.



## Die Besoldungsreform.

### Besprechungen mit den Beamtenorganisationen.

Die Beratungen des Reichsfinanzministeriums mit den Spitzenorganisationen der Beamten, die am Donnerstag nachmittag stattfinden, sollen, wie wir hören, im Gegensatz zur bisherigen Uebung dieses Mal getrennt vor sich gehen. Die neue Methode getrennter Beratungen mit den einzelnen Spitzenorganisationen muß bei der Beamtenchaft einen peinlichen Eindruck hervorrufen. Gibt es etwas zu verurteilen?

Das Reichskabinet wird am Sonnabend und in den ersten Tagen der kommenden Woche zur Besoldungsreform Stellung nehmen. Zwischen diesen Beratungen wird der Reichsfinanzminister am Sonntag in Magdeburg auf der Tagung des Deutschen Beamtenbundes seine Pläne zur Besoldungsreform vortragen. Da am Montag auch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund zu einer Tagung in den Räumen des Reichswirtschaftsrates zusammentritt, ist die Beamtenchaft in der Lage, vor der Entscheidung des Reichskabinetts über die Besoldungsreform ihre Wünsche und Forderungen in letzter Stunde noch einmal mit allem Nachdruck der Regierung in Erinnerung zu bringen.

Die Beratungen des preussischen Finanzministers mit den Beamtenvertretern der Landtagsfraktionen über die Vereinigung der noch übrigen Differenzen zwischen Reich und Preußen in der Besoldungsreform haben am Mittwoch noch keine Klärung gebracht. Die Vorschläge des Finanzministers stoßen vor allem bei der Besoldung der weiblichen Beamten und ebenso in der Pensionsfrage auf starken Widerstand.

Zur Besoldungsreform hat der Reichsbeamtenbeirat der Deutschen Zentrumspartei auf seiner Tagung in Dortmund einstimmig eine Entschließung angenommen, in der Einheitlichkeit in der Besoldungsordnung für die Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden sowie bei der deutschen Reichsbahn, ferner die Betonung sozialer Gesichtspunkte und Vermeidung alles dessen, was klassenbetonten Charakter hat oder dem Aufstiegsgedanken hindernd ist, gefordert wird. „Die soziale Not“, so heißt es in der Entschließung, „die heute alle Beamtenklassen durchzieht, muß endlich behoben werden. Dementsprechend sind die Grundgehälter ausreißend zu erhöhen, die Zeitdauer für die Erreichung des Höchstgehaltes ist herabzusetzen. Die große Not in den kinderreichen Familien verlangt die Beibehaltung der Kinderzuschläge nach einheitlichen Gesichtspunkten. Die Reform muß sich in dem gleichen Maße auch auf die Ruhe- und Wartungsbeamten und Hinterbliebenen erstrecken.“

Man darf wohl annehmen, daß der Reichsfinanzminister Dr. Köhler diese Forderungen seiner Partei bei seinen Plänen ausgiebig berücksichtigt hat. Ob aber ein „wirklich christlich-sozialer Geist“, wie ihn der Reichsbeamtenbeirat des Zentrums für die Besoldungsreform fordert, bei der Entscheidung des Reichskabinetts und Reichstages sich durchsetzt, muß nach den Erfahrungen, die bisher mit der Bürgerblockregierung gemacht wurden, stark bezweifelt werden.

## Die Kosten des Reichsschulgesetzes.

### Das Reich soll sie tragen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ aus Reichsratskreisen erzählt, ist auf jeden Fall damit zu rechnen, daß die Reichsregierung genötigt sein wird, den Reichsschulgesetzentwurf in einer Doppelvorlage beim Reichstag einzubringen. Wenn es gelingen sollte, das Reichsschulgesetz in einer Frist von etwa 14 Tagen im Reichsrat durchzubringen, so wird das vielleicht deshalb möglich sein, weil im Hinblick auf die Kostenfrage, die ja für die Länder von erheblicher Bedeutung ist, im Reichsrat eine Einigung zu erzielen sein wird. Nach der bisherigen Fassung kann damit gerechnet werden, daß der Reichsrat dem Schulgesetzentwurf einen Vortrag anfügen wird, in dem es heißt: Die Mehrkosten, die den Ländern und Gemeinden aus der Durchführung des Gesetzes zum Artikel 146 der Reichsverfassung entstehen, trägt das Reich. Einer solchen Regelung wird sich voraussichtlich auch Bayern nicht entgegen können, um so weniger, da Bayern schon bei der Besoldungsreform erklärt hat, die dazu notwendigen Mittel nicht zu besitzen.

Das jegliche Vorgehen des Reichsrats in der Kostenfrage würde sich nur der Stellungnahme anschließen, die der Reichsrat im Jahre 1921 bereits bekanntgegeben hat. Damals, bei der Beratung des Schulgesetze-Entwurfs, hat der Reichsrat beschlossen, daß die Mehrkosten der Länder und Gemeinden in Höhe von zwei Dritteln vom Reich erstattet werden sollten.

## Verschwendung beim Bau von Flughäfen.

### Eine sozialdemokratische Anfrage.

Im Preussischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Hältermeldungen zufolge soll in den allerersten Tagen eine Wasser-See-Flughafen-Gesellschaft mit dem Sitz in Blexen an der Weser gegründet werden. Als Gesellschafter sind genannt: das Reich sowie die Staaten Bremen und Oldenburg. Anschließend wird auch der Norddeutsche Lloyd als Gesellschafter in Frage kommen. Der Gemeinderat in Blexen hat in den letzten Tagen die Beteiligung in Höhe von 10 000 Reichsmark beschlossen. Durch die Gründung dieser Gesellschaft und seines Uebersee-Flughafens in Blexen werden einseitig die Interessen des Norddeutschen Lloyd sowie der Länder Bremen und Oldenburg gefördert, dagegen die Reichsinteressen aus schwerer geschädigt. Unseres Erachtens muß als deutscher Uebersee-Flughafen ein Ort gewählt werden, der in der Linie aller bereits bestehenden und bereits projektierten großen Ueberseelinien liegt. Gleichzeitig muß aber auch dieser Platz geeignet sein, als Zentralpunkt des Nordseeluftverkehrs zu dienen und die Zwischenlandung im Luftverkehr zwischen England und Skandinavien auf deutschem Gebiet zu erleichtern unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Interessen aller großen Verkehrslinien. Die Entscheidung des Reichsverkehrsministeriums erscheint ganz unverständlich, wenn man bedenkt, daß Deutschland bereits einen sehr gut ausgebauten Reichsflughafen in Nordern besitzt, der weit günstiger für alle Dampfer-, Eisenbahn- und Flugverbindungen liegt als Blexen und gleichzeitig ein viel besseres Zusammenarbeiten der Luftlinie sowohl mit der Hapag wie mit dem Lloyd ermöglicht. Es erscheint deshalb, als wenn bei der Entscheidung über diese Angelegenheit nicht rein sachliche, sondern einseitige privatskapitalistische und vielleicht auch politische Interessen ausschlaggebend waren.“

Wir fragen daher: Ist das Staatsministerium bereit, alle Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, die zur Verhinderung dieses Planes geeignet erscheinen, und alles zu tun, einen Ueberseehafen durch das Reich schaffen zu lassen, der nach seiner ganzen geographischen Lage und seinen Einrichtungsbedingungen aus deutscher Zwischen- und Umseehäfen im Nordseeluftverkehr zwischen den USA sowie als wirklicher Ausfallort des deutschen Ueberseeverkehrs geeignet ist, und der die gleichmäßige Behandlung aller Verkehrsinteressen sichert?

# Antikriegserklärung der Hauptmächte.

## Chamberlains Kampf gegen den polnischen Vorstoß.

V. Sch. Genf, 7. September. (Eigenbericht.)

Es gibt keinen polnischen Vorstoß mehr, es gibt nur noch eine gemeinsame Erklärung der Locarno-Mächte. Das ist das überraschende Ergebnis von Verhandlungen, die am frühen Nachmittag zwischen den Außenministern Englands, Deutschlands und Frankreichs begonnen und die zwischen deren Juristen noch bis zur zehnten Abendstunde fortgesetzt wurden.

Diese diplomatische Tragikomödie spielte sich wie folgt ab: Als der Pöbel Sokal in den Mittagstunden seinen unter englischem Druck schon stark reduzierten und verwässerten Entwurf dem Reichsaussenminister Stresemann überreichte, tat er dies mit den Worten: „Herr Minister, mir gefällt dieser Entwurf auch nicht besonders!“ In der Tat war von dem ursprünglichen nicht mehr viel übrig geblieben. Die Präambel, über deren ursprünglichen Inhalt wir gestern genau Mitteilung machten, war auf zwei knappe Sätze zusammengeschrumpft. Die Deklaration selbst war eine kurze allgemeine Kundgebung zugunsten des Friedens, der Schiedsgerichtsbarkeit und gegen den Krieg. Immerhin enthält sie einige nützliche Bemerkungen gegen jeden Angriffskrieg. Hier steht nun die weitere Zerstückelung der englischen Delegation ein. War doch ein furchtbar gefährlicher Satz darin enthalten, wonach die Schlichtung

### aller Konflikte nur durch friedliche Mittel

erfolgen dürfe. Dieses Wort „nur“ hatte es dem Außenminister der britischen Majestät angetan. Es hatte eine verteilte Verantwortlichkeit mit der Gesamtendung des Genfer Sicherheitsprotokolls, nämlich die Lücke des Völkervertrags auszufüllen und die Möglichkeit jedes Krieges auszuschalten, aber die konterrevolutionäre Regierung Englands verfolgte die umgekehrte Tendenz, nämlich die Möglichkeit des Krieges einzuschalten.

Dieses Bestreben des englischen juristischen Sachverständigen Cecil Hurst, das Wort „nur“ zu streichen, ging allerdings dem französischen Juristen Fromageau doch zu weit. Hurst lenkte ein, wollte aber zunächst lediglich die Formel akzeptieren, daß Konflikte durch Anwendung friedlicher Mittel verhindert werden müßten. Vom deutschen Juristen Claus unterstützt, erreichte Fromageau schließlich nach langem Kampf, daß die Formel endgültig laute, daß Konflikte durch Anwendung aller friedlichen Mittel verhindert werden müßten. Dennoch war es dem juristischen Sachverständigen Englands, Sir Cecil Hurst, gelungen, diesen Gichtzahn auszubringen. Da kam den Delegationen der Hauptmächte ein idealer Gedanke — sie sagten sich: von dem polnischen Vorstoß bleibe ja so wie so nichts mehr übrig, machen wir jetzt ein Ende! Wir überreichen ihn morgen als unseren gemeinsamen Antrag dem Präsidenten der Völkerversammlung. Damit schlagen wir zwei Fliegen mit einem Schlage tot — die polnische Deklaration und — die holländische Resolution. Denn natürlich kann das kleine Holland nicht weiter auf seinem Vorschlag bestehen, wenn die ganz Großen sich über einen anderen Vorschlag geeinigt haben, deren Aklamation unter stürmischem Beifall zum Beschluß erhoben wird. Die holländische Resolution wird der Abrüstungs-kommission überwiesen (bei uns nennt man das „als Material überweisen“ und jeder weiß, was das bedeutet).

Noch ist die englische Formel nicht perfekt. Chamberlain hat sich daran Bedenken, er hat bei Donnerstag 10¼ Uhr Frist erbeten, um sich bis dahin der Zustimmung seines Kabinetts oder wenigstens des Ministerpräsidenten Baldwin, der unweit Genf in Wetzles-haus weilte, zu vergewissern. Daß Frankreich so schnell kapituliert hat, ist erstaunlich, in dessen war Briand nicht weniger an über die polnische Eigenmächtigkeit wütend. So etwas darf man eben nicht improvisieren,

am wenigsten darf es ein Staat, der außer von seinen engsten Freunden mit so viel begreiflichem Mißtrauen betrachtet wird wie Polen. Wenn Polen heute mit allen Mitteln versucht, die nach seiner Ansicht unmögliche Fassung des deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvortrages von Locarno zu präzisieren, so muß doch daran erinnert werden, daß Graf Strinsky selbst es war, der in Locarno den Deutschen vorschlug, die polnischen Konflikte in einem Schiedsvertrag auszunehmen, eine Anregung, die Deutschland damals mit beiden Händen sofort aufgriff. Als die Polen erst durch die Franzosen auf ihren kapitalen Fehler aufmerksam gemacht wurden, war es zu spät. Alle bisherigen Versuche der Polen, den damaligen Fehler zu reparieren, sind gescheitert. Der jegliche Versuch, durch eine improvisierte Initiative eine neue Sicherheitsgarantie für Polen auf dem Umwege einer allgemeinen Friedensdeklaration zu schaffen, war der größte Mißgriff von allen. Selbst die Fran-

## Zuchthaus für Kommunisten.

### Strafen wegen Vergehen in Württemberg.

Leipzig, 7. September. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch wurde nach zweiwöchiger Verhandlung in dem Hochverratsprozeß gegen württembergische Kommunisten das Urteil gesprochen. Die Angeklagten werden wegen Vorbereitung zum Hochverrat, wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz und das Waffengesetz sowie wegen Diebstahls verurteilt, und zwar der Arbeiter Robert Müller zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe, der Arbeiter Seyfried zu 1 Jahr Gefängnis, und die anderen sieben Angeklagten erhalten Gefängnisstrafen von 4 bis 10 Monaten und Geldstrafen von 20 bis 50 M. Wegen der Arbeiter Hochsteiter wird das Verfahren eingestellt. Allen Angeklagten wurden vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

## Reichswehr gegen Sportverein.

### Ober: der politische Fußball.

Der Sportverein „Freie Spielvereinigungen“ in Glogau erhielt von dem Kommandanten der Festung Glogau, Oberst von Schendendorff, folgendes Schreiben:

„Da Ihr Verein dem Arbeiter-Turn- und Sportbund Leipzig angegliedert und somit als politisch im Sinne des § 36 des Wehrgesetzes anzusehen ist, ist es der Kommandantur zufolge grundsätzlicher Bestimmungen nicht möglich, Ihrem Antrage auf Benutzung des Militärstadions am 4. September 1927 sowie überhaupt Anträgen dieser Art stattzugeben. Sie werden daher gebeten, von derartigen Anträgen in Zukunft ganz ablassen zu wollen.“

N.B. Die Kommandantur hat selber feststellen müssen, daß Ihr Verein das Militär-Stadion am 21. d. M. infolgedessen widerrechtlich benutzt hat, als Ihr diesbezüglicher Antrag auf Benutzung dieses ausbrücklich abgelehnt worden war. Zur Ver-

meidung von Vorkommnissen wird ersucht, derartige Uebergriffe in Zukunft zu unterlassen.

Das von dem Obersten erwähnte „Militär-Stadion“ ist ein nicht eingezäunter Fußballplatz mit anschließender Laufbahn. Er wird von der Freien Spielvereinigung seit 1923 benutzt. Ueber einen anderen Platz verfügt die Vereinigung nicht. Die „Deutsche Turnerschaft“ und noch ein bürgerlicher Sportverein, die das sogenannte Stadion gleichfalls benutzen, haben kein Spielverbot erhalten. Man darf neugierig sein, zu erfahren, welche tiefere Ursachen die plötzliche Entdeckung des Kommandanten veranlaßt hat. So wie die Dinge nach dem Schreiben des Herrn von Schendendorff liegen, ist in diesem Fall mit dem § 36 des Wehrgesetzes grober Unfug getrieben worden.

## Der indische Bruderkrieg.

### Strafenschlägen um den Glauben.

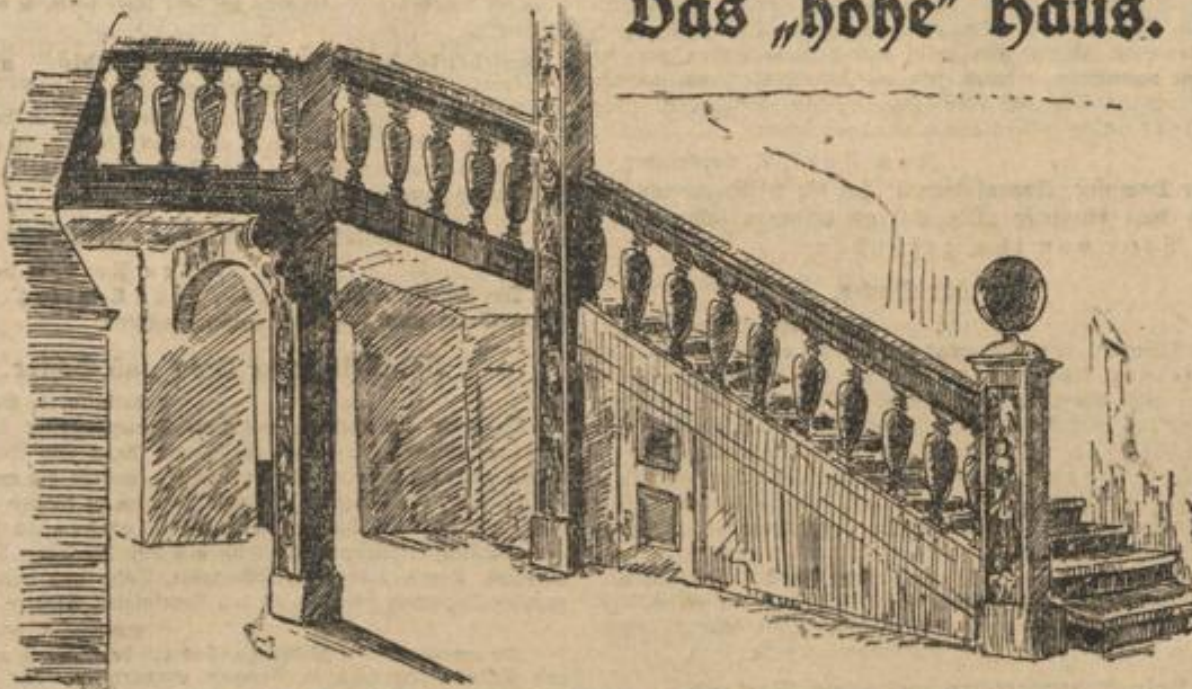
Bombay, 7. September.

Infolge eines Konfliktes zwischen Hindus und Mohammedanern während eines Reichenzuges ist es in Ragnur, in Zentralindien, zu Zusammenstößen gekommen. Trotz der Ankunft eines Sonderzuges mit britischen Truppen dauern die Zusammenstöße an. Die Verluste betragen über hundert Verletzte, von denen 30 Hindus sind, und 15 tote, darunter neun über zehn Mohammedaner. Die Unruhen begannen am Sonnabend; seither sind alle Fabriken, Schulen und Läden geschlossen.

Der Vorkurs des Reichstages ist auf Mittwoch, den 14. September, einberufen. Er wird sowohl über den Zeitpunkt des Zusammentritts des Reichstages als auch über die Gegenstände, die in der kurzen Herbsttagung beraten werden sollen, endgültig Beschluß fassen. Die Übertragung des Reichstages wird nur 8 bis 14 Tage dauern. In seiner großen Herbsttagung wird der Reichstag erst Mitte November wieder zusammentreten.



Das „hohe“ Haus.



Das schöne Treppenhaus in der Klosterstraße.

Die Klosterstraße hat ein anderes Gesicht bekommen. Vor einem Jahrzehnt noch war sie trotz ihrer stattlichen Breite, trotz der Untergrundbahn, trotz der Nähe der sämlichen Gassen eine der verträumtesten Straßen Berlins.

Hier ist die Stelle, wo die Berliner zum ersten Male von den Hohenzollern geneckt wurden! Schon 1412 hatten die Berliner hier im Hofe des „hohen Hauses“ dem von Kaiser Sigismund geschickten Friedrich I., dem Nürnberger Burggrafen, den Treueid geleistet; besonders unterwürdig hatten sie sich aber nicht gezeigt, und der Herr Burggraf mußte dafür auch beschwören, daß er sie in all ihren Privilegien und Rechten unangefast lassen wollte.

„hohen Hause“ an der Stadtmauer, und wenn er hereinwollte, dann mußte er höflich um Erlaubnis fragen, ob er auch seine „Gewandneten“ mitbringen dürfte. Aber einen um den anderen seiner mitgebrachten Franken setzte er rund um das hohe Haus in „Burglehen“ ein, half einem um den anderen in das Bürgerrecht, und als 1442 die Berliner ihm den Einzug in Begleitung von 600 Bewaffneten verweigerten, als es zum ersten Berliner Aufstand gegen ihn kam, da hatte er Helfer genug in der Stadt, die ihm verräterisch die Tore öffneten.

Die Silberschwärme

Von Rex Beach

(Nachdruck verboten)

Cherry, Bond und Clyde bestiegen die Schiffsjolle und begaben sich an Land, indem sie es George überließen, mit dem Löfchen der Ladung zu beginnen. Die lange Seereise hatte die Fischer gelangweilt und sie stürzten sich jetzt auf die Arbeit.

Als sie aber durch den Laden, dessen Borde jetzt traurig leer waren, in Cherrys behagliche Wohnung kamen, konnte seine Begeisterung keine Grenzen. Schließlich aber stiegen er und Bond wieder ins Boot, um sich zum Grundstück der Fabrik rudern zu lassen, vor dem die „Bedford Castle“ vor Anker lag.

Der große George hatte die Zeit nicht unnützlich verstreichen lassen. Die Bugjederboote waren schon ins Wasser gelassen, während neben dem Schiff ein Holzstöß gebaut wurde. Raum war es fertig, als es mit Kisten, Kästen und Gegenständen aller Art beladen, zur Flutzeit an Land bugsiert wurde.

Der große George hatte die Zeit nicht unnützlich verstreichen lassen. Die Bugjederboote waren schon ins Wasser gelassen, während neben dem Schiff ein Holzstöß gebaut wurde.

Bonds Ausbildung als Ingenieur kam ihm jetzt zu statten, denn tausend Dinge erforderten sachliche Aufsicht; auch Georges Tüchtigkeit kam jetzt zu ihrem vollen Recht, und es dauerte nicht lange, da war Ordnung in das Unternehmen gekommen.

Im Laufe der nächsten Wochen begannen die Segelschiffe sich einzufinden; sie kamen unter vollen Segeln und warfen dicht neben den Dampfem Anker; jetzt, wo das Eis nördlich gegangen war, stand ihrer Ankunft nichts mehr im Wege.

An dem Morgen, als das letzte Schiff angekommen war, erwartete Emerton und seine Freunde eine große Ueber- raschung. Cherry war wie gewöhnlich zum Hauptplatz gekommen, sie ließ keinen Tag vergehen, ohne sich persönlich vom Fortgang der Arbeit zu überzeugen, und Clyde war eben nach einem späten Frühstück an Land gekommen.

Sie drehten sich um und sahen einen gerlumpten, abgemageren, bärtigen Mann vor sich, der ihnen freundlich zulächelte. Kein Zweifel, es war Frazer! Aber wie verändert, sein Aeußeres bot ein Bild des Hungers und der Mißhandlung.

Schwarzrotgold in Potsdam.

Auch ein Stück Flaggentritt. — Etwas für Preußen- regierung und Magistrat Berlin.

Es gibt einen Potsdamer Bootsplatz, der ganz im Gegen- satz zu den sonstigen Gepflogenheiten der Kaufmännischen Residenzstadt mit einer schwarzrotgoldenen Reichsfahne besetzt wird. Dies war aber ein Leichtsin!

1. Staatsanwaltschaftsrat Fritz Conrad, Berlin NW, Frieden- straße 5. Er erklärte, unter der schwarzrotgoldenen Fahne mit seinem Kahn auf dem Bootsplatz unmöglich bleiben zu können.

2. Fabrikant Buczilowski, Berlin W, Blumenthalstr. 13. Er ist — neben seinem Hauptberuf als Potsdamer Kapitän — alleiniger Lieferant der Stadt Berlin für Turn- und Sportgeräte.

3. Hauptmann a. D. Rippe, Berlin, Hensburger Str. 15. Wie wir zuversichtlich vermuten, hat dieser Häuptling gleichzeitig mit seinem Offizier gegen die deutschen Nationalflaggen auch auf die Pension verzichtet, die er bisher von der vers. .... Republik bezog.

Ashinger und die Republik.

Der Ashinger-Konzern hat in einer feierlichen Proklamation versprochen, zu Ehren des 80. Geburtstages unseres Reichsprä- sidenten Hindenburg auf seinem Zentral-Betriebsgebäude in der Saar- brücker Straße die Reichsfarben aufzuziehen.

Im Restaurant „Leipziger Hof“, einem der größten Lokale am Potsdamer Bahnhof, das einen der „bürgerlichen“ Ashinger- Betriebe darstellt, hängen seit Jahr und Tag die nahezu lebensgroßen Bildnisse Wilhelms des Landflüchtigen und seines in Ruffelungentreu verbundenen Franz Joseph an den Wän- den — unbekümmert um Revolution und Republik!

Eine neue weltliche Schule in Groß-Berlin. Der Freien Schul- gemeinde Köpenick ist es nach langem Warten und nach vieler Mühe gelungen, die Behörden zu veranlassen, zum 1. Oktober d. J. eine Sammelschule für Kinder ohne Religionsunterricht in Köpenick zu errichten.

drückten sie ihm seine schmutzigen Hände und klopfen ihm den Rücken. Durch den Lärm herbeigerufen, kam jetzt auch der große George, und beim Anblick des Kameraden mußte er lachen.

„Gut, daß du da bist, Freund!“ rief er, „wie in aller Welt aber bist du hergekommen? Du siehst aus, als ob du den ganzen Weg zu Fuß zurückgelegt hättest.“

Frazer richtete sich würdevoll auf und sagte in einem dramatischen Ton: „Ich habe mich durchgearbeitet! Dort auf jenem verfluchten Segelboot.“

„Wie aber bist du der Polizei entkommen?“ fragte Bond. „Ach, das war eine Kleinigkeit. Aber die Fahrt hierher! Hu, Kinder, ich habe gearbeitet! Er blickte von einem zum andern und fügte in einem wehleidigen Ton hinzu: „Ich war an Bord des Seglers Mädchen für alles!“

„Erzähle,“ bat Cherry.

„Ja,“ stimmte Bond ein, „erzähle von Anfang an.“

Als die Polizei erfuhr,“ begann Frazer, „daß sie den Falcken ermüdet hatte, ließ sie mich laufen. Als ich frei war, wollte ich euch natürlich so schnell wie möglich folgen, und weil ich weiß, daß zu diesem Badeort keine Luxuszüge gehen, versteckte ich mich im Kastrum der „Blessed Isle“, das ist der Name des verfluchten Segelschiffes, mit dem ich gekommen bin.

(Fortsetzung folgt.)

















Damen-Hut neue Kombination von Filz mit Samt, 975 in allen Modelfarben...

Damen-Strümpfe

- Selidenflor 95 Pf., Prima Seidenflor 1.45, Prima Kunstseide 1.45, Pa. reine Wolle 2.45, Bemberg 2.95, Bemberg (künstliche Wäsche) 3.50

- Damen-Handschr. 95 Pf., Damen-Handschr. 1.95, Damen-Handschr. 4.90

Damen-Filzhut in fr. Kopfweilen, aus der modernen Hutmateriale, mit breiter Bandgarnitur, 875

Damen-Strümpfen

- Schlüpfer 95 Pf., Schlüpfer 1.65, Hemdhose 1.95, Schlüpfer 2.95, Hemdhose 2.95, Hemdhose 3.90

- Damen-schw. Boxkalf-Spangenschuh 10.50, Damen-Kubuck-Spangenschuh 16.50



Damen-Wäsche

- Hemdhoes 2.25, Prinzessröcke 2.95, Schlüpfer 2.95, Bubi-Nachthemden 3.75

Damen-Kleidung

- Kleider 35.00, Kleider 38.50, Mäntel 47.50, Hemellose Westen 11.90, Pullover 14.90

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. \* Alexanderplatz \* Frankfurter Allee \* Belle-Alliance-Str. \* Brunnenstr. \* Kottbuser Damm \* Wilmersdorfer Str. \* Andreasstr. \* Chausseesir.

Gewinnauszug 5. Klasse 29. Preußisch-Gebirgische Klassen-Lotterie. Ohne Gewähr Nachdruck verboten

18. Ziehungstag 6. September 1927 In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 R. gezogen

19. Ziehungstag 7. September 1927 In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 R. gezogen

CASINO-THEATER 8 Uhr Ihr dunkler Fleck Aussscheiden! Guttscheil 1-4 Pers. Pause nur 1.10 M., Sessel nur 1.60 M.

Kriano-Theater 8 1/2 Uhr So ein Mädel (Das Extemporale) Leschyl von Jura u. Peter

Reichshallen-Theater Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger

Winter-Garten 8 Uhr Räuchen gestaffelt Jasna Selim und Dr. Ralph Benzky

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Straße 6. Täglich 8 U. u. Sonntagnachm. 3 U.

Rennen zu Hoppegarten Donnerstag, den 8. September 1927 nachmittags 2 1/2 Uhr

Theater des Westens Nur noch 10 Tage! Täglich 8 1/2 Uhr: Die Tugendprinzessin

Rose-Theater 8 1/2 Uhr Fürstende Gärtenbühne

Neues Theater am Zoo Täglich 8 1/2 Uhr: Drei lustige Komödien

Thalia-Theater 8 Uhr Der rote Hahn

Wallner-Theater Täglich 8 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg

Blumenspenden jeder Herr gratis Paul Gollets, Hermannstraße 3.

Am Dienstag, dem 6. September, morgens 9 Uhr, wird... Paul Trümper im 54. Lebensjahr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Achtung! Verwaltungsmittglieder! Freitag, 9. September, abends 7 Uhr

Es lohnt sich zwei Etagen zu steigen durch Ersparnis hoher Lastenmittle

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57 Wochenendhäuser - Prospekt gratis!

Böhmische Bettfedern aus erster Hand kaufen Sie am vorzuziehbarsten genau Wochenenden den 30. 9. am Preisfabrikat u. Schuster gratis.

500 Landparzellen v. 66 Pf. bis M. 1.75 pro Qm direkt am Bahnhof Abrensdorfer Str. Verkauf täglich im Buhnenrestaurant Büttner.

Am Dienstag, dem 6. September, nachmittags 3 Uhr, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter

Maria Eckart geb. Finger im 46. Lebensjahr. Dies zeigt mit der Bette um stille Teilnahme tiefbetrubt an

Nieren- und Blasen-Erkrankungen, schmerzhaftes Harndrängen, ferner Stoffwechsel und Ernährungskrankheiten, wie Rheumismus, Gicht, Herzschmerzen, wurden erfolgreich behandelt

Neue Kokspreise! Mit Wirkung ab 3. September 1927 bis auf weiteres hat die Koks-Vereinigung Berlin 1925 G. m. b. H. folgende Preise frei Koller bei Lieferung in Fuhrten nicht unter 30 Ztr. von jeder Sorte festgesetzt:



Ein Bild aus meiner Hühneraugenzeit! - Heut kenn' ich 'Lebewohl' - daher die Heiterkeit! Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl

Theater, Lichtspiele usw. Donnerstag, 8.9.27 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Anf. 6 1/2 Uhr Siegfried

Großes Schauspielhaus. Tägl. II Ende 11 U. DER MIKADO Die neue CHARL-Inszenierung mit Pallenberg Rita Georg Bendow Jankuhn Szöke Szokall Werkmeister Westermeyer

Th. im Admiralsplatz Täglich 8 1/2 Uhr Die neue HALLER-REVUE Wann und wo!

Volkshühne Theater am Bülowplatz Tk. am Schiffbauerdamm 8 Uhr Ein Sommernachts-traum. George Dandin

8. SCALA Nollendorf 7360 Die September-Varieté-Revue

Piscatorbühne Theat. a. Nollendorplatz Kurfürst 2091/93 8 Uhr Hoppla, wir leben! von Ernst Toller

Apollo Friedrichstr. 218 Täglich 4 Uhr Mocca-Tanz 8 1/2 Uhr 'Na und ob' in große Revuebild.

Lustspielhaus 8 1/2 Uhr 'Filmromantik' Inszeniert im Vorwärts sicheren Erfolg!

Henko Wasch- und Bleichsoda macht hartes Wasser weich